




Freitag, 17. Dezember 2004, 19:44 Uhr

**OT AKTUELL**

Kanton  
 Solothurn   
 Stadt/Region  
 Olten   
 Niederamt   
 Thal-Gäu   
 Sport   
 Kommentare   
 Thema  
 Inland  
 Ausland  
 Kultur  
 Forum   
 Veranstaltungen   
 Wirtschaft   
 Medien  
 A bis Z  
 Todesanzeigen 

**ARCHIV** **DOSSIERS****LESERCLUB****SERVICES**

Aboservice  
 Bildergalerie   
 Postkarten   
 Leserbriefe  
 schreiben 

**ANZEIGEN**

Preise/Leistungen  
 Print-Inserate  
 Autos  
 Immobilien  
 Stellen

**IMPRESSUM**

Redaktion  
 Verlag

**LINKS**

meinung

**Menschenwürde geht vor Freiheitsrecht**

«Der Stoff muss durch die Form vertilgt werden.»

Friedrich Schiller

Regula Stämpfli

Die Guten und Bösen sind im Spiel schön verteilt: Konservative à la SVP und CVP kürzen der Pro Helvetia eine Million ihres Millionenbudgets im Ständerat, und Freisinnige wie Links-Grüne protestieren gegen diese kurzsichtige, unliberale Politik im Nationalrat. Selbstverständlich haben Letztere recht. Die Freiheit der Kunst gilt es immer zu schützen. Die Strafaktion gegen Pro Helvetia setzt ein kleinliches Zeichen und ist fehl am Platz. Doch hoppla, nicht so schnell! Denn so einfach, wie es sich nun alle Kunstschaffenden in diesem Lande machen, ist die Geschichte nun leider nicht. Nehmen wir einmal an, die Zürcher SVP würde – als Reaktion zur Hirschhorn-Ausstellung in Paris – während einer neuen Plakat-Präsentation unter dem Motto «Keine Subvention für Pinkelkultur mit Steuergeldern» ein Porträt von Micheline Calmy-Rey symbolisch bespritzen. In welcher Form, sei mal dahingestellt. Die Provokation wäre perfekt. Der Aufschrei im Lande riesig und alle würden zu Recht von sexistischer, an Faschismus grenzender Verunglimpfung reden. Dieses Beispiel hinkt zwar, weil a) keine öffentlichen Gelder für Plakat-Präsentationen der SVP gesprochen werden (glücklicherweise noch nicht) und b) eine Polit-Plakate-Präsentation (noch nicht) als Kunstaussstellung gilt.

Das Beispiel wirft die Frage auf, ob der Kunst und den Kunstschaffenden tatsächlich nie Grenzen gesetzt werden dürfen und sollen.

Wir leben in einer Zeit, die punkto Selbststilisierung und Selbstdarstellung keine Limiten mehr kennt. Provokation ist zur Massenerscheinung geworden. So fällt es mittlerweile sowohl Kunst als auch Politik schwer, ihre Originalität zu beweisen. Dabei sind aber beide unter Druck. Denn sowohl Kunst als auch Politik brauchen Aufmerksamkeit. Um genügend Aufmerksamkeit zu erhalten, muss alles herhalten. Die Auswirkungen sehen wir überall: Gepflegt wird der Geschmack am schlechten Geschmack, entscheidend sind das Aufgedonnerte, das Theatralische und das Stilllose. So gilt es für die Kunst, aus der Masse der Namenlosen herausgehoben, und in der Politik, als Medienperson gewählt zu werden. In Kunstaussstellungen ist deshalb viel Udenkbares möglich. Wie sagte doch die britische Kolumnistin Julie Burchill treffend? «Es gibt nichts Besseres, als heutzutage ein Kindervergewaltiger und Frauenfolterer zu sein. Kinderpornografie ist in Kunstaussstellungen chic, Vergewaltigungen gehören zum literarischen und filmischen Must und der Sado-Maso-Kult zur sexuellen Norm.» Und tatsächlich. Schauen Sie sich doch um. In der Tate Gallery in London findet man Fäkalienkunst bei den Frühwerken eines Paul McCarthy; bei den abstrusen Frauenbildern von Helmut Newton blickt man in eine überdimensionierte, rasierte Scham. Entsetzen Sie sich über die so genannten «Kinderbilder» der gefeierten Nan Goldin.

Was sich teilweise in der auf Inszenierung getrimmten Kunst-, Film- und Werbe-Bildersprache an Herrschaftssymbolen des Menschen über andere Menschen darstellt, übersteigt jede symbolische Inszenierung von historischer und totalitärer Staatspropaganda um ein Vielfaches. Ungefähr so wie Disneyworld den Flohzirkus. Es gehört sich nicht, gewählte Politiker und Politikerinnen anzupinkeln – und sei dies noch so stark in einen Kontext von Inszenierung und Kunst verwoben. Denn der Weg vom Anpinkeln zu sonstigen körperlichen Übergriffen ist meist nicht weit. Vor allem, wenn immer mehr in einem Kontext von Freund und Feind im politischen Zusammenhang «gekünstelt» wird. Als Politikwissenschaftlerin sehe ich nicht ein, wieso mein aufklärerisches und demokratisches Denken bei allem, was als «Kunst» etikettiert ist, aufhören muss. Dass ich verfassungsrechtliche Freiheiten höher einschätzen sollte als das Recht auf Menschenwürde.

Ebenso wenig einsichtig ist, dass die einsichtige Kritik am Pinkel- und Brech-Event – selbst wenn sie in einer so hilflosen Form wie die der Subventionskürzung ausgedrückt wird – sofort als «Zensur» oder als «Übereifer» an politischer Korrektheit diffamiert wird. Denn jetzt ist die Gelegenheit da, klar hinzuschauen. Die Anything-goes-Mentalität in zahlreichen Exponaten zeitgenössischen Kunstschaffens – gerade im

Hinblick auf sexuelle Metaphern – trägt Gefahren in sich. Wie viel Demokratie zelebrieren Kunstbesucher bei Veranstaltungen, wo öffentliches Pissen markiert und wo das Erbrechen in Wahlurnen simuliert wird? Es gibt gemäss Menschenrechtscharta keinen öffentlich legitimierten Raum für Exkrememente-Ausschüttung gegenüber Menschen, kurz für alle Übergriffe gegen die individuelle und kollektive Menschenwürde. Es lohnt sich, darüber nachzudenken. Denn die gefeierten Kunst-Zivilisationsbrüche mit Zuschauern haben realpolitische Konsequenzen. Wenn Mord, Vergewaltigung und Folter im Kontext von «Kunst» mit grosser Verve als Avantgarde gefeiert werden, so müssen wir uns nicht plötzlich wundern, dass immer mehr die Terroristen zur Kamera greifen und ihre eigene Vision von Kunstregie in die Abendnachrichten bringen. Wenn in der Inszenierung von Kultur offenbar alles erlaubt ist, dann ist die Macht der Darstellung eines Folterers als Künstler mit politischer Mission nicht weit.

Staatlich subventionierte Künstler sind so frei wie nichtstaatlich subventionierte auch. Die Diskussion darüber gehört auch nicht in parlamentarische Debatten, denn dazu ist das Thema zu komplex. Doch wie wir mit den abstrusen und menschenverachtenden Arten von künstlerischer Inszenierungs-Reality-Show umgehen wollen, sollen und dürfen und welchen Raum wir ihr zugestehen, das bleibt ungeklärt.

Die Berner Politologin Regula Stämpfli lebt und arbeitet in Brüssel und in der Schweiz.

**[www.regulastaempfli.ch](http://www.regulastaempfli.ch)**

[« zurück](#) [^ top](#)